ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Was wird, wenn ...

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Was wird, wenn ..., Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 5, pp. 277-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131519

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

in Österreich wohl an Auslandskapital in Anleihenform interessiert, sperrt sich aber gegen den Einfluß ausländischen Geldes in Form von Beteiligungen. Bekanntlich waren bei den Vorarlberger Illwerken Besprechungen im Gange, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätsgesellschaft, unter deren Patronat ein großer Teil der Illwerke im Kriege errichtet wurde, wieder maßgeblichen Einfluß zu sichern. Dieser Versuch wurde sehr bald von Wien aus unterbunden.

Die jüngsten Besprechungen in Stuttgart, Bonn und Wien standen bereits im Zeichen der neuen Entwicklung, die von beiden Teilen eine große Portion guten Willens und Verständnis für die Lage des Partners verlangen wird, wenn das schwierige Problem des deutschen Eigentums im europäischen Geiste gelöst werden soll. (K.)

MSA: Fortsetzung der Wirtschaftshilfe oder militärpolitische Neuschöpfung?

Gedämpfte Zustimmung

Ohne großes Aufsehen wechselte die ECA. in ihrem Namensschild zwei Buchstaben aus und wandelte sich in die Mutual Security Agency, das Amt für wechselseitige Sicherheit. Bei der Rückerinnerung an den für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen „Publicity-Rummel" des Marshallplans stimmt manchen dieser kaum betonte Wechsel bedenklich und man wirft die staatsrechtlich bedeutsame Frage auf, ob hier ein grundsätzlicher Wandel eingetreten sei, der absichtlich mißachtet wurde. Um diese Frage zu beantworten, muß man sich über die Zielsetzung beider Institutionen im klaren sein sowie sich die Verwirklichung des Marshallplans noch einmal ins Gedächtnis rufen.

Entstehung der ECA

Die Bedrohung der Türkei und Griechenlands durch Ostblockstaaten veranlaßte im März 1947 Präsident Truman, für diese Länder ein umfassendes Hilfsprogramm vorzuschlagen. Daraus entwickelte sich — intensiviert durch das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz — der Plan des damaligen Außenministers Marshall: Unterstützung der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft, wenn die europäischen Nationen selbst den ersten Schritt zur Zusammenarbeit ergreifen. Bei der ersten Konferenz im Hochsommer des gleichen Jahres lehnten zuerst die UdSSR. und später alle anderen Ostblockstaaten ihre Beteiligung ab. Man zog im Osten ein ähnliches Hilfswerk mit umgekehrten Vorzeichen auf, das aber alsbald sang- und klanglos einschlief. Bis zum Anlaufen des Planes vollzog sich nun ein scheinbarer politischer Frontwechsel als Konsequenz aus der wachsenden Ost-West-Spannung: Ziel des Planes sollte es sein, die westlichen, freiheitlichen Völker wirtschaftlich so zu stärken, daß ein Einbruch des Kommunismus in die sich bildende Wohlstandsfront vereitelt werden könne. Die Notwendigkeit dieser, in den USA. immer wieder betonten Zielsetzung wurde durch die damals einsetzende Sowjetisierung der Tschechoslowakei bestätigt. Die unmittelbare und brutale Reaktion der Sowjets auf die westdeutsche Währungsreform — die Belagerung Westberlins — sowie der zwei Jahre später erfolgende plötzliche Überfall in Korea sollten eigentlich den letzten Zweiflern die Augen geöffnet haben: Der Vormarsch der „friedliebenden" Ostblockstaaten läßt sich nicht durch Entgegenkommen und Verhandeln aufhalten, sondern nur durch Aufzeigen der wirtschaftlichen und militärischen Macht und gegenseitige Förderung des Friedens und Wohlstandes in allen demokratischen Ländern sowie Beseitigung sozialer Spannungen.

Gleiche Zielsetzung der MSA?

Die wirtschaftlichen Ziele des Marshallplanes sind also nur als ein Zwischenspiel oder anders ausgedrückt als ein wichtiges Mittel zur Erreichung des Gesamtzieles „Förderung und Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstandes aller freiheitsliebenden Völker" zu verstehen. Dieses Zwischenziel wurde durch Aktivierung aller aufbauwilligen Kräfte und Zuwendung von 12 Mrd. Dollar vorschnell erreicht. Während vom zweiten Planjahr an der Nachdruck auf die europäische Koordinierung gelegt wurde, erfolgte alsdann eine Schwergewichtsverlagerung von der wirtschaftlichen Erholung auf die Erfüllung wachsender Sicherheitsbedürfnisse. Sechs Monate vor Planablauf wurde die ECA. in die MSA. umgewandelt, wobei diese Nachfolgebehörde — ausgestattet mit einem Etat von 7,3 Mrd. Dollar für das Jahr 1951/52 — den größten Teil des ECA.-Stabes und seiner Aufgaben mit übernahm. Für Deutschland ist der Anteil allerdings wesentlich zusammengeschrumpft: Während im Monatsdurchschnitt des Jahres 1950 für 150 Mill. Dollar Importe auf Grund der Auslandshilfe erfolgten und

VEREINSBANK IN HAMBURG
AUSSENHANDELSBANK
ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20—30, TELEFON 34 10 15
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021:1203 UND 021:1461

dieser Betrag in den ersten drei Quartalen 1951 sogar auf 180 Mill. Dollar anstieg, sank er im letzten Quartal des Vorjahres auf 55 Mill. Dollar und machte im März 1952 nur noch 25 Mill. Dollar aus. Die Gesamtzuteilung der MSA. an die Bundesrepublik für das laufende Jahr wurde dabei von 114 auf 106 Mill. Dollar reduziert, so daß manche auch an dem für das nächste Jahr vorgesehenen Betrag von rund 160 Mill. Dollar Zweifel hegen. Die MSA. befindet sich in ihrem Verhältnis zur Bundesrepublik in einem Zwischenstadium: auslaufende ERP.-Verpflichtungen und anlaufende Verteidigungshilfen, die vermutlich mit Abschluß des Generalvertrages verstärkt werden.

Zwar soll man diese Dollarbeträge nicht vom Buchhalterhorizont aus wägen, soll diese Beträge weder unter- noch überwerten, aber auch nicht um ein Linsengericht ein wichtiges Recht vergeben, handelt es sich doch in erster Linie um eine grundsätzliche Gesamtentscheidung: für eine Eingliederung im Rahmen der westlichen Welt oder ... Dieses „oder" ist nur schwer zu definieren, da wir Deutschen uns weder souverän den Zustand der Neutralität verleihen und die Achtung dieses Zustandes von allen Seiten erwarten können noch zu einer östlichen Lösung bereit sind. Diese Entscheidung ist bereits vor Jahren gefallen und stand für die meisten Deutschen fest, die in irgendeiner Form den Einmarsch des jetzt im Osten als „Befreier" verherrlichten Heeres erleben mußten.

Die Akzentverschiebung

In politischer Beziehung bedeutet die MSA. die gradlinige Fortsetzung der ECA., nur sind die letzten Bedenken hinsichtlich der „offiziellen" Zielsetzung gefallen. Die Akzentverlagerung vom Wiederaufbau zur wirtschaftlichen Hilfe mit Verteidigungscharakter enthüllt im wesentlichen nur offiziell eine allbekannte Feststellung, an der seit 1948 weder im Westen noch im Osten irgendjemand gezweifelt hat. Denn in einem totalen Kriege — und anders kann man sich leider keinen Krieg mehr vorstellen — stellt jede wirtschaftliche zugleich auch eine militärische Hilfe dar. Deshalb wird — abgesehen von den Lieferungen wie Tabak usw. auch ein Produktivitätsförderungsprogramm seit Anfang April dieses Jahres eingeleitet, das in seiner Gesamtkonstruktion für die Gewerkschaften äußerst attraktiv sein muß. Auf die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft durch Wohlstandsmehrung der breiten Massen wird bis jetzt nach allem, was bisher über die Wirkungen der MSA. in Deutschland bekannt wurde, das Schwergewicht gelegt. — Wenn auch unsere Untersuchung hinsichtlich der MSA. zu einer positiven Bewertung gelangte, wird damit nicht geleugnet, daß noch viel mühseliges Kärrnerwerk zu leisten sein wird, ehe der Generalvertrag und die Formen eines deutschen Verteidigungsbeitrages in ein System eingeordnet sind, das sowohl der deutschen Würde und Ehre — sei es in Ost-, Mittel- oder Westdeutschland — gerecht wird und langfristig eine Wiedervereinigung nicht verhindert, als auch den berechtigten Sicherheitsforderungen der ganzen Welt entgegenkommt. Beginnend mit der Ablösung der Besatzungskosten über die Höhe des Verteidigungsbeitrages bis zur Bereinigung der sogen. Kriegsverbrecherprozesse werden noch viele und schwerwiegende Probleme zu klären sein, bis die Bundesrepublik politisch, finanziell und psychologisch in der Lage sein wird, wirksam in einer westlichen Verteidigungsgemeinschaft mitzuarbeiten. (-p-)

Reservierte Ablehnung

Wir haben ein Marshall-Plan-Ministerium, aber keinen Marshallplan mehr. Der Marphallplan ist inzwischen durch das MSA-Abkommen zwischen den USA. und der Bundesrepublik abgelöst worden.

Unterschiedliche Zielsetzung

Das Ziel dieses amerikanischen „Gesetzes über gegenseitige Sicherheit von 1951" ist die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Stärkung der Außenpolitik der USA. durch Gewährung militärischer, wirtschaftlicher und technischer Hilfe und durch Förderung der gegenseitigen Sicherheit und Verteidigungsmöglichkeiten der freien Welt. Außerdem soll es die Sicherheit und Unabhängigkeit im nationalen Interesse der USA. entwickeln und die Beteiligung der freien Welt an dem System der kollektiven Sicherheit erleichtern. So sagt Paragraph 2 des amerikanischen Gesetzes. Es unterscheidet sich damit grundsätzlich vom Marshallplan, der ausschließlich vom wirtschaftlichen Wiederaufbau der durch den Krieg geschädigten Gebiete sprach. Die Zielsetzung der Dollarhilfe ist von Grund auf verändert. Das MSA-Abkommen zwischen den USA. und der Bundesrepublik muß deshalb vom Bundestag ratifiziert werden, bevor es Rechtsgültigkeit erlangt.

Am 28. Dezember 1951 erkannte der Bundeskanzler in einem Schreiben an den Hohen Kommissar McCloy dieses Abkommen für die Bundesrepublik an mit dem schriftlichen Bemerken, beschleunigt die erforderlichen parlamentarischen Maßnahmen herbeiführen zu wollen. Der Hohe Kommissar hatte den Bundeskanzler bereits am 19. Dezember darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik sich durch Entgegennahme der MSA-Hilfe gegenüber den USA. ausdrücklich verpflichte

> „diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die wechselseitig vereinbart werden, um die Ursachen wechselseitigen Spannungen zu beseitigen".

Es liegt somit der Gedanke nahe, daß die Anerkennung des MSA-Abkommens durch die Bundesregierung die Zustimmung zum Wehrbeitrag in der Form einer deutschen Beteiligung an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft bedeutet.

Obwohl der Marshallplan-Minister Blücher noch vor der Unterzeichnung des Abkommens durch den Bundeskanzler die Meinung vertreten hatte, das Parlament sei nicht zur Ratifizierung aufzufordern, weil es sich nur um eine Fortsetzung des Marshallplans handle, scheint jetzt die Mehrheit des Bundestages auf einer Ratifizierung zu bestehen.

Eine Überrumpelung?

Die Auseinandersetzung erhält eine besondere Note dadurch, daß die Regierung Ende April dem Parlament einen Gesetzentwurf vor-

legte, der die Aufnahme eines USA.-Kredits von 17 Mill. Dollar zu günstigen Bedingungen vorsieht. In der Begründung des Gesetzentwurfs bezieht man sich auf eben dieses noch nicht ratifizierte MSA-Abkommen. Beschließt der Bundestag also das Kreditgesetz, so hat er damit auch das Abkommen anerkannt. Denn man kann die Aufnahme eines Kredits nicht beschließen, wenn man nicht auch die Kreditbedingungen anerkannt hat. Da aber über das Kreditgesetz noch vor der Ratifizierung des MSA-Abkommens Beschluß gefaßt werden soll, liegt die Gefahr nahe, daß der Bundestag durch die Annahme des Kreditgesetzes mit einer Vorentscheidung über das MSA-Abkommen überrumpelt wird.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen

Die voraussichtlichen Wirkungen des MSA-Abkommens sind in diesem Jahr eine Dollarhilfe von 106 Mill. Dollar und im nächsten, falls alles planmäßig geht, von 160 Mill. Dollar, also Beträge, die im deutschen Staatshaushalt so wenig wie in der Außenhandelsbilanz entscheidend zu Buch schlagen. Erheblich sind sie nur im Hinblick auf unsere Dollar-Bilanz, die sowieso auf tiefe Ebbe zeigt. Man kann jedoch große staatspolitische Entscheidungen nicht vom Stand unserer Zahlungsbilanz abhängig machen. Notwendig ist vielmehr bei diesem Stand der Dinge, Anstrengungen zu machen, das Handelsdefizit mit dem Dollarraum durch verstärkten Export nach dort und vermehrten Rohstoffeinkauf von außerhalb des Dollargebiets auszugleichen.

Indonesien, Iran, Irland haben entsprechende MSA-Abkommen für ihre Länder nicht unterzeichnet, weil ihnen die militärpolitischen Folgen für ihre Länder untragbar schienen. In Burma dagegen haben sich die USA. bereit erklärt, ein anderes Abkommen für die Zuteilung einer Dollar-Hilfe zu schließen.

Der Generalvertrag soll angeblich bis zum 20. Mai und das als Köder dienende Kreditgesetz innerhalb weniger Tage angenommen werden, sonst gäbe es keine Sicherheit und keinen Kredit für Deutschland. Bundesregierung und Bundestag sollten sich aber nicht von der Modekrankheit „Zeitdruck" unterkriegen lassen, sondern die großen Entscheidungen in Ruhe und Festigkeit treffen. (tz.)

Was wird, wenn . . .

Die Paraphierung von Verträgen ist noch nicht gleichzusetzen mit ihrer Unterzeichnung, und die Unterzeichnung kann erst nach der Ratifizierung rechtskräftig werden. Aber wenn man die parlamentarischen Spielregeln kennt, so muß man sich darüber im klaren sein, daß eine Ablehnung der Ratifizierung durch die Regierungskoalition, die einen Rücktritt der Regierung zur Folge haben muß, das Ende der Koalition bedeutet und schwerwiegende Folgen für den gesamten innen- und außenpolitischen Kurs nach sich ziehen kann. Es ist deshalb sehr fraglich, ob die Opponenten innerhalb der Koalition die Konsequenzen einer Ablehnung auf sich nehmen werden. Man wird im Gegenteil damit rechnen müssen, daß nach einigen formalen Abänderungen die Ratifizierung auch der Deutschlandverträge trotz aller Bedenken erfolgen wird.

Zweifellos können vollgültige völkerrechtliche Verträge nur von souveränen Staaten abgeschlossen werden. Durch einen Rechtsakt, wie ihn der Generalvertrag darstellt, kann wohl eine formale Souveränität verliehen werden — obwohl in diesem Falle auch noch große Vorbehalte bestehen dürften —, er kann aber nicht die faktische Souveränität verleihen. Das kommt auch bereits durch die Vorbehaltsklauseln in den Verträgen zum Ausdruck, daß nämlich eine gesamtdeutsche Regierung sich nicht an das Vertragswerk gebunden zu fühlen braucht. Wenn man den Begriff Deutschland überhaupt noch völkerrechtlich anerkennt, so kann erst nach einer Wiedervereinigung von einer völkerrechtlichen Souveränität gesprochen werden. Auch dann ist noch die Frage, ob sie faktisch ist. So muß nach der Unterzeichnung die erhöhte Gefahr bestehen, daß die Vertragspartner, denen naturgemäß an einem Fortbestand des Vertrags gelegen ist, noch viel weniger Interesse als bisher daran haben, daß durch Übergang der Regierungsgewalt auf eine gesamtdeutsche Regierung die Rechtsgültigkeit der deutschen Unterschriften in Frage gestellt wird.

Es ist sicher nicht leicht zu sagen, ob mit der Unterzeichnung und der Ratifizierung der Deutschlandverträge eine Tür zur Wiedervereinigung zugeschlagen werden wird und ob damit „eine letzte Chance verspielt wird". Denn wenn man die Reaktion in Paris und in London auf den zagen amerikanischen Vorschlag einer Vierer-Besprechung abschätzt und die inspirierten Drohungen der Ostzonenregierung dagegenhält, mag die Chance für eine rasche Wiedervereinigung nicht allzu groß gewesen sein. Der jetzt in der Antwortnote unterbreitete Kompromißvorschlag zur Einsetzung einer Prüfungskommission kann nicht befriedigen, denn er schiebt eine für uns so lebenswichtige Angelegenheit auf das tote Gleis der Gutachtenerstattung. Man darf aber andererseits auch den Wert einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht überschätzen und sie schlechthin als vorrangig erklären. Wenn auch das Fechteler-Dokument gefälscht sein mag, so handelt es sich doch dabei um konkrete militärpolitische Erwägungen, die bestimmt auch Eingang in die atlantischen Verteidigungspläne gefunden haben. Man müßte wohl die Frage aufwerfen, ob ein einfaches europäisches System von gegenseitigen Verteidigungspakten nach einer Wiedervereinigung Deutschlands ohne Belastung mit allen atlantischen und transatlantischen Kümmernissen nicht eine stärkere Sicherung bedeutet hätte als die Konstruktion einer Europa-Armee im Rahmen des Atlantikpaktes, die alle innereuropäischen Spannungen überhöht und doch zu keiner europäischen Integration führen kann. Daß Deutschland einmal wieder vereinigt werden muß und werden wird, daran kann eigentlich kein Zweifel bestehen. Der Zeitpunkt dafür scheint heute genau so ungewiß wie je. (sk)

EXPORT **WINCKLER & CO.** IMPORT

HAMBURG 36
JUNGFERNSTIEG 51
Haus Alstereck

Telegr.-Adresse: Winckleria Fernsprecher: 34 15 91/95

Briefe an die Schriftleitung:

Public Relations besser als ihr Ruf

Köln, 12. April 1952

Sehr geehrte Herren!

Zu den Public Relations-Beiträgen in Ihrem Märzheft möchte ich gern einige ergänzende Ausführungen machen.

Kürzlich brachte ein Unternehmer seinen Ärger über die Debatten zu den Themen Public Relations, Human Relations oder auch Labour Relations darin zum Ausdruck, daß er sagte, es handele sich nach seinen jüngsten Eindrücken mehr um ein vordergründiges Geplänkel als um ernste Arbeiten, die in die Tiefe drängen. Es ist nicht abzustreiten, daß sich viele Leute der Public Relations angenommen haben, die darin eine ertragreiche Betätigungsmöglichkeit sehen und die das Geschäft höher einschätzen als die Aufgabe. Der Sache selbst wird auf diese Weise der schlechteste Dienst erwiesen. Public Relations sind keine organisatorische oder geschäftliche Angelegenheit, wenn auch selbstverständlich zur Erreichung des Ziels eine gewisse Organisation notwendig ist.

Die Betriebsamkeit, die von den verschiedensten geschäftstüchtigen Neulingen auf dem Gebiet der Public Relations entwickelt worden ist, hat dazu geführt, daß die eigentliche Idee darunter gelitten hat bzw. verschüttet worden ist. So ist es verständlich, wenn ein Unternehmer, der es ernst meint mit Public Relations, sich zurückzieht und eine Klärung der Entwicklung abwartet.

Im vorigen Jahr sind zwei Bücher über den gesamten Gehalt der Public Relations erschienen, die es an sich jedem Interessierten leicht machen, sich mit all dem Gedankengut vertraut zu machen, das zum Bereich der Public Relations gehört. Herr Dr. Herbert Gross hat in seinem Buch über „Moderne Meinungspflege" eine leichtverständliche, und doch sehr gehaltvolle Einführung gegeben, die einen eindeutigen Beweis bringt, wie ernst es um Public Relations steht und wie ernst all diese Bestrebungen und Bemühungen zu werten sind. Eine gute Ergänzung zu der Arbeit von Dr. Gross bietet die Abhandlung von Dr. Carl Hundhausen „Werbung um öffentliches Vertrauen". Dr. Hundhausen macht an Hand von umfangreichem Material die ganze Tiefe der Public Relations-Arbeit sichtbar, so daß niemand im Anschluß an diese Lektüre noch von einem vordergründigen Geplänkel sprechen kann; denn hier tut sich der Bereich in seiner vollen Vielfalt auf.

Zwischen Idee und Praxis der öffentlichen Meinungspflege, das müssen wir allen Kritikern zugestehen, klafft bei uns ein tiefer Abgrund, dessen Überwindung eine Abkehr von der reinen Geschäftstüchtigkeit und eine Zuwendung zu dem echten Gedankengut der Public Relations verlangt. Nicht, daß etwas geschieht, ist das Entscheidende, sondern daß die verantwortlichen Stellen erkennen, wie sie ihre Mitarbeiter, die Nachbarschaft, die politischen Gebilde, ja die gesamte Öffentlichkeit teilnehmen lassen, wie die Arbeit bisher gelaufen ist, welche Neuerungen sich abzeichnen und welcher Kurs verfolgt wird.

Es hat eine Zeit gegeben, in der sich selbst große Aktiengesellschaften vor der Öffentlichkeit hermetisch abzuschließen suchten. Große Fusionen, entscheidende Besitzveränderungen, Stilllegung ganzer Werke oder technische Umwälzungen sind bis vor wenigen Jahrzehnten unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen und vollzogen worden. In der Handelsjournalistik waren die Fälle nicht selten, in denen sich die Zeitungen zunächst Aktien kaufen mußten, um überhaupt die Hauptversammlungen größerer Unternehmungen besuchen und so über Ereignisse, die für die Unterrichtung breitester Kreise entscheidend waren, berichten zu können. Diese Sitten haben sich völlig gewandelt; dennoch bleibt noch vieles zu tun übrig, bis eine Brücke des Vertrauens zwischen der Industrie und der öffentlichen Meinung geschlagen worden ist.

Was ist jedoch die öffentliche Meinung, und wie bildet sich diese öffentliche Meinung? Wodurch läßt sie sich beeinflussen und lenken? Wie kommt es beispielsweise, daß in der Öffentlichkeit die Leistungen der freien Marktwirtschaft vielfach völlig verkannt werden? Es gibt doch überzeugende Argumente über den wirtschaftlichen Wiederaufstieg im Zeichen der freien Marktwirtschaft. Jede Hausfrau weiß aus der Erfahrung der letzten Jahre, wie sehr sich die Lebenshaltung allgemein gebessert hat. Rundfragen aus dem Jahre 1947 bezeugen Auffassungen, wonach breite Kreise über Jahre hinaus nicht an eine erhebliche Verbesserung des niedrigsten Lebensstandards selbst bei Erzeugnissen wie Schuhen, Kleidung und Wohnung geglaubt haben. Der Aufschwung seit der Entfaltung der freien Initiative in der Wirtschaft verbunden mit der Stabilisierung der Währung hat Früchte getragen, die dem ganzen Volke zugute gekommen sind, wenn auch das sozial erstrebenswerte Ausmaß nicht für alle Schichten erreicht worden ist. Dennoch bleibt festzustellen, daß die öffentliche Meinung keineswegs in dem Maß von dem Wert der freien Marktwirtschaft überzeugt ist, wie ihre Träger aus der tatsächlichen Entwicklung Nutzen gezogen haben. Dieses Verhältnis würde sich auch kaum ändern, wenn jeden Tag die Tatsachen der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung breiten Kreisen des Volkes eingehämmert würden. Vielmehr ist zu berücksichtigen, daß die öffentliche Meinung nicht allein durch Tatsachen bestimmt wird. Viel stärker als die Argumente des Verstandes bestimmen unwägbare Werte, die sogenannten Imponderabilien, die Meinung des Volkes. Vertrauen bei der Masse zu gewinnen, ist nicht eine Angelegenheit der ratio, sondern Auswirkung des gesamten öffentlichen Verhaltens.

Wer sich auf dem Gebiet der Public Relations betätigen will, kann sich nicht auf ein Schema beschränken, und wenn es noch so ausgeklügelt ist und noch so viele Argumente vorbringt, er muß selbst eine Persönlichkeit aus Verstand und Herz für eine gute Sache einsetzen, um eine breite Wirkung zu erzielen. Wer der Sache der Public Relations wirklich dienen will, muß sich zunächst von der Verwirrung der Begriffe auf diesem Gebiet freimachen. Niemand kann sich als Public-Relations-Berater ausgeben, der einige interessante und effektvolle Vorschläge für Veröffentlichungen mit sich bringt. Das können in gutem Falle äußere Zeichen einer Erkenntnis der Aufgabe sein. Sie können aber nie an die Stelle der Sache treten. Ebensowenig ist eine gute Werbeidee mit Public Relations gleichzusetzen, wenn auch die Werbung in Verwirklichung des Strebens nach Vertrauen in der Öffentlichkeit eine Umwandlung erfahren sollte. Wir haben von den Amerikanern viel gelernt, was man alles tun kann und auch wie man sich zu verhalten hat. Nur eins können wir nicht von anderen lernen. Das ist die Frage der inneren Einstellung, das ist die Überzeugung von dem Wert dieser Idee, die erst die Voraussetzungen für die Echtheit und Wahrheit alles Tuns in der Öffentlichkeit mit sich bringt. Vertrauen wird nicht dadurch gewonnen, daß ein Apparat zur Bedienung der Öffentlichkeit eingesetzt wird. Dann kommen Auffassungen auf, wie sie zu Beginn der Ausführungen geschildert wurden und wie sie in der Bezeichnung des vordergründigen Geplänkels zum Ausdruck kamen. Es wäre schade, wenn die gute Sache durch solch äußere Handlungen beeinträchtigt würde.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr C. D.

Zölle für Werkzeugmaschinen in Kanada

GERMAN CANADIAN TRADE PROMOTION OFFICE

Toronto, 24. April 1952

Sehr geehrte Herren!

In einem von Ihnen in Ihrem Märzheft unter dem Titel „Haben Sie Erfolg auf den nordamerikanischen Märkten?" veröffentlichten Interview ist Ihrem Gewährsmann ein Fehler unterlaufen, den wir deshalb berichtigen möchten, weil er sich nachteilig auf den deutschen Maschinenexport auswirken kann.

In diesem Interview heißt es: „Aber die USA. haben auf dem kanadischen Markt den Vorteil einer zollfreien Einfuhr von Werkzeugmaschinen ..." Diese Feststellung ist grundsätzlich un-

richtiitig. Alle Einfuhren aus den USA. untererliegen der Zollklassifikation „most favotoured nations", in die auch Deutschland d eingestuft worden ist.

Auuußerdem läßt sich nicht generell ein Zollsisatz für Maschinen anführen, wie dies s in dem Aufsatz geschehen ist, da die 7 Zollsätze schwanken. Es hängt jeweilsils von der Art der Maschinen ab, weldlcher Zollsatz Anwendung findet, wobebei das Kriterium darin besteht, ob Masaschinen gleicher Art in Kanada gefertiztigt werden oder nicht.

FeFerner trifft die Feststellung nicht zu, daß ß bei Einfuhren „aus allen anderen Ländndern ein Zoll von 22 % erhoben werdrde", da es neben den „most favoured nations duties" und den „prefererential duties" noch „general duties" gibt,bt, die höher liegen als die beiden erstcstgenannten Klassifikationen.

WWir nehmen an, Ihnen mit diesen Hinvinweisen und Richtigstellungen gedienent zu haben, und verbleiben

mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. Dr. H. G. Graf

Eine niederländische Zuschrift zur Switch-Diskussion

Rotterdam, 31. März 1952

Sehr geehrte Herren,

In Ihrer März-Nummer werfen Sie die Frage auf, ob Switch-Geschäfte für die nationale Wirtschaft vorteilhaft sind.

Da dieser Artikel einige Irrtümer hinsichtlich der Abwicklung von Switch-Geschäften enthält, möchte ich nicht unterlassen hierauf hinzuweisen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Sie in einer folgenden Nummer diese Berichtigungen aufnehmen werden.

1. Sie sagen, daß der Zwischenhändler eine „nicht unbeträchtliche Gewinn-Marge" erzielt. Naturgemäß kann darüber diskutiert werden, was unter einer „nicht unbeträchtlichen" Gewinn-Marge zu verstehen ist. Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß diese Marge, die vielleicht vor 1 oder 2 Jahren ziemlich hoch war, jetzt auf 1 à 2 % netto zurückgelaufen ist.

2. Es ist durchaus unrichtig, daß der niederländische Zwischenhandel einen Export-Bonus erhält. Diese Export-Dollars sind ausschließlich für den reinen niederländischen Export nach Dollar-Ländern verfügbar. Da Switch-Geschäfte nur auf Grund von Transitgenehmigungen statthaft sind, ist Kontrolle möglich.

3. Vielfach ist Export nur möglich infolge von „dumping", da sonst der Preis zu hoch käme. Direkter „bona-fide" Export findet also in keinem Falle statt.

Auch ohne Switch-Geschäfte wird immer ein Teil des deutschen Exports via Rotterdam verschifft werden, weil dies anscheinend für die Betreffenden billiger ist.

In den meisten Fällen von Switch-Geschäften wird übrigens Verkehrstransit nicht von den niederländischen Behörden verlangt.

Für die Aufnahme dieser Richtigstellungen im voraus dankend, empfehle ich mich Ihnen

hochachtungsvoll

Dr. F. C. K.

Daavid Scott, London

Großbritannien und die Moskauer Wirtschaftskonferenz

Wenn man die Moskauer Wirtschaftskonferenz beurteilen will, kommt der Stellung Großbritanniens besesondere Bedeutung zu. In der Ansprache des Präsidenenten der sowjetischen Handelskammer, Nesterow, wuurde Großbritannien besonders hervorgehoben. Wie Nesesterow erklärte, könnte der Handel zwischen der Sowwjetunion und Großbritannien leicht den Vorkriegshöchststand von 227 Mill. £ im Jahre 1937 (fast dreimalal so viel wie im Jahre 1951) erreichen, und „diese Auusdehnung könnte nicht nur durch einen erhöhten Ummsatz der im anglo-sowjetischen Handelsaustausch üblblichen Güter erzielt werden, sondern auch durch sowwjetische Käufe von Fertigwaren, Gewürzen, Heriningen usw." Wenn auch diese allgemeinen Vorschläge Auuufmerksamkeit erregten, haben vor allem die „inoffiffiziellen" Verhandlungen, die von der britischen Delegation in Moskau geführt wurden, die Neugierde derer Produzenten hervorgerufen.

Schchon bevor die Konferenz eröffnet wurde, hatten brititische Geschäftsleute und Parlamentsmitglieder Verhaandlungen mit chinesischen Handelsdelegierten aufgerenommen, und wenige Tage später wurde ein Tauschablbkommen verkündet, in dessen Rahmen Großbritannieien für 10 Mill. £ Textilien, Chemikalien und Metalle imm Austausch gegen chinesische Kohlen, Borsten, Tungöl,ol, Tee und andere Erzeugnisse im gleichen Wert an ChChina liefern soll. Andere Tauschabkommen wurden mimit Ostdeutschland (2 Mill. £ in jeder Richtung), Rumänien (2,5 Mill. £), Bulgarien (2,25 Mill. £) und der TsTschechoslowakei (5 Mill. £) abgeschlossen. Außerdem hahat die Sowjetunion das Angebot gemacht, britische TeTextilien und Bekleidung gegen Zahlung in Sterling zuzu kaufen. Mehr als hundert britische Textilfirmen haben auf diese Anfrage hin Muster nach Moskau gesandt. Ein Londoner Kleiderfabrikant, ein Mitglied der britischen Delegation, der nach seiner Rückkehr über 500 Anfragen von interessierten Firmen erhielt, erklärte, daß allein die Verkäufe von Kleidung und Meterware nach den sowjetischen Ländern 20 Mill. £ erreichen könnten. Eine Gruppe von sieben britischen Geschäftsleuten ist zu weiteren Verhandlungen nach Peking gegangen.

Die öffentliche Meinung

Die Reaktion der Handelskreise und der Presse auf diese Angebote ist noch unklar. Die Handelskammer von Manchester hat nach Beratung mit den Baumwoll- und Kunstseiden-Organisationen nach Moskau gekabelt, um Einzelheiten über den Textilbedarf Chinas zu erhalten, während die Federation of British Industries die ganzen Vorgänge ignorierte. Vor der Konferenz hatte die FBI. beschlossen, an der Konferenz nicht teilzunehmen, angesichts ihrer, wie sie vermutete, „weitgehend politischen Natur", und hinterher hat sie ihre Mitglieder angewiesen, „sich nicht um die in Moskau erzielten Vereinbarungen zu kümmern". Die Handelskammer von Nottingham, die die Wirk- und Strickwarenunternehmen in East Midland vertritt, hat sowjetische Handelsangebote durch die britische Delegation abweisen lassen. Sie erklärte, daß die Produzenten willens seien, Waren nach jedem Land zu liefern, und daß Kanäle vorhanden seien, durch die die Sowjetunion und China Aufträge vergeben könnten, die aber bisher nicht benutzt worden seien.

Die Haltung dieser und anderer Geschäftsorganisationen sowie die der meisten britischen Zeitungen ist an-